Stadtverwaltung Zeulenroda-Triebes

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: BVZTö-044-2013 Status: öffentlich Datum: 29.05.2013
Betreff: Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates Zeulenroda-Triebes	
Fraktion DIE LINKE. SPD-Fraktion Fachdienst II	
Beratungsfolge: 27.05.2013 Hauptausschuss 05.06.2013 Stadtrat der Stadt Zeulenroda-Triebes	

Beratungsergebnis

Gremium:				am:		TOP:
Anw.:	Daf.:	Dag.:	Enth.:	laut Beschluss- vorschlag:	abweichender. Beschluss:	

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt auf seiner Sitzung am 05.06.2013 folgende Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates Zeulenroda-Triebes:

I. Änderungen zu § 2 - Form und Frist der Einladung

Der Abs. 2 wird gestrichen und erhält folgende Neufassung:

(2) Zwischen dem Tag des Zugangs der Einladung und dem Tag der Sitzung des Stadtrates müssen mindestens 10 volle Kalendertage liegen.

Sofern eine Entscheidung nicht ohne Nachteil für die Stadt aufgeschoben werden kann (Dringlichkeit), kann die Einladungsfrist abgekürzt werden, jedoch muss die Einladung spätestens am zweiten Tag vor der Sitzung zugehen; auf die Verkürzung der Frist ist in der Einladung hinzuweisen. Die Dringlichkeit ist vom Stadtrat vor Eintritt in die Tagesordnung festzustellen.

II. Änderungen zu § 24 - Beschlussfassung

Der § 24 Abs. 1 wird nach Satz 1 ergänzt durch:

Spätestens mit der Einladung (Stadtrat, Ausschüsse) sind grundsätzlich die betreffenden Beschlussvorlagen, Drucksachen, Erläuterungen und Begründungen zuzustellen, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnete Interessen einzelner entgegenstehen.

Über Haushaltsvorlagen wird erst abgestimmt, wenn alle Ausschüsse sie vorberaten haben und der Hauptausschuss den kompletten Haushalt (Haushaltssatzung, Haushaltsplan, Finanzplan mit Investitionsplan) zur Beratung hatte. Vor der Abstimmung zum Haushaltsplan führt der Stadtrat eine Lesung durch.

Wird während der Lesung der Antrag auf Abstimmung zur Haushaltsvorlage gestellt, bedarf es dazu einer Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Abgeordneten. Auf diese Möglichkeit ist in der Einladung hinzuweisen.

Der § 24 Abs. 3 wird nach Satz 7 ergänzt durch:

Beschließt der Stadtrat namentliche Abstimmung, werden die Stadtratsmitglieder vom Bürgermeister einzeln aufgerufen, diese antworten mit „Ja“ oder „Nein“ oder „Enthaltung“. Die Antworten der einzelnen Mitglieder werden in der Sitzungsniederschrift festgehalten und mit dem Beschluss öffentlich bekannt gemacht.

III.

Änderungen zu § 26 - Niederschrift

Der § 26 Abs. 1 wird um Ziffer 9 wie folgt ergänzt:

9. Bei namentlicher Abstimmung den Wortlaut „Ja“ oder „Nein“ oder „Enthaltung“ der einzelnen Mitglieder.

IV.

Änderungen zu § 33 – Geschäftsgang der Ausschüsse

In § 33 Abs. 1 wird Satz 4 gestrichen und durch folgende Fassung ersetzt:

Abweichend von der Regelung des § 2 Abs. 2 müssen zwischen dem Tag des Zugangs der Einladung und dem Tag der Ausschusssitzung mindestens 4 volle Kalendertage liegen.

V.

Änderungen zu § 37 – Sprachform, Inkrafttreten

In § 37 Abs. 2 wird die Jahresangabe „30.06.2009“ gestrichen und durch die Jahresangabe „30.06.2014“ ersetzt.

VI.

Inkrafttreten der Änderung

Die unter I. bis V. getroffenen Änderungen zur Geschäftsordnung treten am 31.07.2013 in Kraft.

Beschlussbegründung:

Durch die zunehmende berufliche Belastung der Abgeordneten wird es immer schwieriger, in der bisher festgelegten Einladungsfrist von 4 Kalendertagen die Vorlagen umfassend zu lesen, in einer Fraktionssitzung tiefgründig zu beraten und auftretende Fragen im Vorfeld einer Stadtratssitzung mit der Verwaltung zu klären. Es muss auch in Zukunft jedem Abgeordneten die Möglichkeit gegeben werden, seinen Aufgaben gerecht zu werden.

Die Haushaltsberatung zum HH 2013/2014 hat uns Abgeordneten die Möglichkeit genommen, sich umfassend mit dem über 500 Seiten starken Entwurf zu befassen. Es war nahezu ausgeschlossen, dass die Abgeordneten innerhalb von 4 Kalendertagen den Haushaltsentwurf komplett durcharbeiten, an zwei Ausschüssen teilnehmen und noch eine Fraktionssitzung durchführen, zu der normalerweise auch die Kämmerei eingeladen wurde.

Um in Zukunft diese Verfahrensweise auszuschließen, bitten wir als Fraktion um Zustimmung zur Änderung der Geschäftsordnung.

Frank Höhn
Fraktionsvorsitzender

Auf der Stadtratssitzung am 24.04.2013 erfolgte durch die SPD-Fraktion, Herrn Herrmann, der Vorschlag, einen Passus in die Geschäftsordnung einzuarbeiten, in dem die Möglichkeit besteht, dass die Stadträte eine namentliche Abstimmung eines Beschlusses fordern können. Hierzu sollte sich an die diesbezügliche Regelung der Geschäftsordnung des Landkreises Greiz gehalten werden.

.....
Unterschrift